



Reuters

Krieg an Europas Grenzen

Erst ausgebeutet im eigenen Land, dann bekämpft an den Grenzen zur reichen Welt. Das Unglück der Flüchtlinge vor Lampedusa im Oktober vergangenen Jahres ist nur eines von vielen. Es zeigt, wie tief die Kluft zwischen Nord und Süd tatsächlich geworden ist. Dabei ist speziell Europa auf Einwanderung angewiesen, sagt Migrationsforscher Klaus J. Bade.

INTERVIEW: MICHAEL GRIMM



ZUR PERSON

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater **Prof. Dr. Klaus J. Bade** war bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Vor wenigen Monaten erschien sein neues Buch »Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, »Islamkritik« und Terror in der Einwanderungsgesellschaft«, Schwalbach Ts. 2013.

Herr Bade, Geld verdirbt den Charakter, heißt es. Ist Europa zu wohlhabend geworden, um die Nöte der Menschen außerhalb seiner Grenzen zu erkennen?

Es gibt in Europa auch arme und krisengeschüttelte Staaten und Gesellschaften. Im Vergleich zu der Not, aus der viele Flüchtlinge kommen, sind die europäischen Staaten und Gesellschaften aber alle relativ wohlhabend. Viele Europäer haben vergessen, dass dieser Kontinent im 20. Jahrhundert selber rund 80 Millionen Flüchtlinge hervorbrachte. Wenn man die so genannten Asylbewerber zum Beispiel in Deutschland »ausländische Vertriebene und Flüchtlinge« nennen würde, dann gäbe es vielleicht mehr Empathie in der Erinnerung an vergleichbares Leid, das die Deutschen in der Geschichte erst erzeugt haben und dann selber zu ertragen hatten.

Markieren die Katastrophen vor Lampedusa vom vergangenen Jahr den Anfang einer großen Migrationswelle aus Afrika und Osteuropa?

Das Stichwort »Lampedusa« steht nur für zwei von vielen Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer, aber es gibt sie auch andersorts in der Welt. So kommt es auch auf den illegalen Wegen nach Australien immer wieder zu solchen Katastrophen. Und Flüchtlinge, die es schaffen, werden von den australischen Behörden zur Abschreckung als illegale Einwanderer auf entlegenen Inseln isoliert. Ich rechne nicht mit einer großen Migrationswelle, aber mit anhaltendem Migrationsdruck aus Afrika und Osteuropa. Und ich rechne mit einer weiteren

Verschärfung des Krieges gegen Flüchtlinge vor den Grenzen Europas, an denen schon rund 20 000 Menschen ihr Leben verloren, so viele wie in einem mittleren Krieg. Und jetzt soll die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX sogar noch ermächtigt werden, auf hoher See in internationalen Gewässern oft kaum seetüchtige Flüchtlingsboote abzudrängen oder zur Rückkehr zu zwingen. Das ist ein völkerrechtliches Verbrechen und zugleich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ist die Aufnahmekapazität Europas erschöpft?

Im Gegenteil. Europa ist ein demographisch alternder und schrumpfender Kontinent, der auf dauerhafte Einwanderung angewiesen ist. Aber bei legaler Einwanderung müssen die europäischen Einwanderungsländer das Recht haben, sich ihre Einwanderer auszusuchen. Von den weltweit rund 45 Millionen Flüchtlingen bleiben ohnehin fast 90 Prozent in den Ausgangsregionen, die meisten sogar als »Binnenflüchtlinge« innerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes. Höchstens fünf Prozent streben nach Europa.

Die Länder am Rande der europäischen Festung beklagen mangelnde Unterstützung aus Brüssel. Wie muss eine europäische Flüchtlingspolitik in Zukunft aussehen?

Das System von Dublin, nach dem Flüchtlinge dort das Asylverfahren durchlaufen sollten, wo sie zum ersten Mal europäischen Boden betreten, ist faktisch am Ende. Ergebnis der »Festung Europa« war eine

Illegalisierung der Flüchtlinge und eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Schlepperorganisationen, die heute wie miserable Reisebüros funktionieren. Deutschland ist in Europa ein Bremser bei Versuchen, das System von Dublin zu ändern. Das ist widersinnig, denn die komfortable Lage Deutschlands in der Mitte Europas mit vergleichsweise niedrigen Zahlen von Asylsuchenden gehört der Geschichte an, wie die in diesem Jahr möglicherweise auf 100 000 Anträge hinstrebenden Zahlen zeigen. Gestaltungsperspektiven gibt es nur, wenn wir in Europa von der Verteilung der Lasten zur Verteilung der Flüchtlinge kommen. Dazu brauchen wir einen Schlüssel für Kontingente oder Quoten und eine europäische Flüchtlingsagentur, die die Umsetzung in Abstimmung mit den Staaten übernimmt.

Um den Migrationsdruck abzuschwächen, wurde zuletzt viel über Möglichkeiten diskutiert, wie zumindest gut ausgebildete Asylbewerber schneller Fuß fassen. Können Sie uns diese Idee erklären?

Das ginge zum Beispiel über ein Punktesystem: Einwanderer hätten ihre Anträge grundsätzlich vom Ausland aus zu stellen. Entschieden würde nach transparenten Kriterien wie zum Beispiel Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse. Das könnte viele veranlassen, auf den illegalen und lebensgefährlichen Weg nach Europa zu verzichten. Eine Zurückweisung von illegalen Einwanderern wäre legitimer, wenn es in gewissen Grenzen legale Zuwanderungswege gäbe. Fließende Grenzen

»In vielen Staaten Afrikas gibt es eine unheilige Allianz zwischen außerafrikanischen Geschäftsinteressen und korrupten afrikanischen Führungseliten.« Prof. Dr. Klaus J. Bade

zwischen Arbeits- und Asylzuwanderung kann es nur in Ausnahmefällen geben, sonst wird das Asylverfahren zum Einwanderungstutor und noch mehr Qualifizierte setzen sich in die Boote. Umso wichtiger ist es, neben der Eröffnung legaler Zuwanderungswege auch die Fluchtgründe von Schutzsuchenden individuell zu prüfen.

Wie können die Ursachen für die Flucht wirkungsvoll bekämpft werden?

Der Migrationsdruck kann nur in den Ausgangsräumen selbst abgebaut werden. In vielen Staaten Afrikas aber gibt es eine unheilige Allianz zwischen außerafrikanischen Geschäftsinteressen und korrupten afrikanischen Führungseliten.

Wie haben wir uns das konkret vorzustellen?

Europäische Kleiderspenden landen auf afrikanischen Textilmärkten und bedrängen die afrikanische Textilindustrie, von der in Europa auch einmal die industrielle Revolution ausgegangen ist. Europäische Agrarimporte zu Billigpreisen ruinieren die afrikanische Landwirtschaft. Und vor der westafrikanischen Küste operieren die großen schwimmenden Fischfabriken – unten Fisch rein, oben Fischdose raus. Das war das Ende der westafrikanischen Küstenfischerei. Die Bodenschätze werden, von Südafrika abgesehen, meist von außerafrikanischen Konzernen ausgebeutet, vom Öl bis zu den

wertvollsten Mineralien. Und viel gutes Land in Afrika ist im Besitz außerafrikanischer Firmen, die dort so genannte Sonderwirtschaftszonen oder freie Produktionszonen eingerichtet haben mit verbrieften Sonderrechten für unternehmerische Aktivitäten.

Wäre mehr Entwicklungshilfe ein Weg, den Anschluss an die Weltwirtschaft zu finden?

Bleiben wir beim Beispiel Afrika: Unterschrieben haben all diese Verträge oft afrikanische Führungseliten, die mit Entwicklungshilfegeldern ihre Privatarmeen aufrüsten, wenn sie sie nicht gleich auf Schweizer Konten umleiten oder in teure europäische Immobilien investieren. Die konventionelle Entwicklungshilfe ist sowieso ein Auslaufmodell. Die Rücküberweisungen von im Ausland Arbeitenden an ihre Familien liegen heute nach Schätzungen weltweit dreimal so hoch.

Die USA gelten als das Einwanderungsland schlechthin. Was können die europäischen Staaten von den Nordamerikanern lernen?

Das ist historisch kaum vergleichbar, weil die Vereinigten Staaten durch Einwanderung erst entstanden sind. Gelernt werden kann trotzdem einiges, zum Beispiel die Forderung nach mehr Eigeninitiative der Einwanderer. In den europäischen Wohlfahrtsstaaten wurde vielfach der Mechanismus der Selbstselektion bei der Einwanderung

abgeschaltet. Auch die USA haben heute zwar soziale Schutzmechanismen für Einwanderer, aber das alte Prinzip ist tendenziell immer noch erkennbar: Wer wirtschaftlich nicht auf eigenen Beinen stehen kann, soll zurückkehren oder weiterziehen.

Süd-Süd statt Nord-Süd: Besteht Hoffnung, dass sich die Entwicklungsländer selbst oder auch untereinander stabilisieren?

Das tun sie in einigen Fällen bereits, wie die Beispiele von Südkorea und Vietnam zeigen. In beiden Fällen gibt es ein starkes Wirtschaftswachstum, in Südkorea sogar einen sensationellen Anstieg des Bruttosozialprodukts. Noch vor 50 Jahren war das Land ein armer Agrarstaat. Heute zählt es zu den bedeutendsten Volkswirtschaften der Welt. Aber nicht überall sind vergleichbare Voraussetzungen für eine ähnliche Entwicklung gegeben.

Wanderungsbewegungen gibt es seit Menschengedenken, Ländergrenzen nicht. Wie geht man erst mit Migration um, wenn der Auslöser ein globaler ist, wie zum Beispiel Klimawandel?

Dann können nur noch globale Umsiedlungsprogramme helfen. Es wäre sehr viel sinnvoller, die treibenden Faktoren des Klimawandels zu begrenzen, statt über dessen migratorische Folgen nachzudenken.